



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › [Präsidentenkonferenz der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn](#)

Präsidentenkonferenz der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn

11. Dezember 2019

- **Bilanz der Bayerischen Präsidentschaft: Verlagerung von Straße auf die Schiene weiter vorangetrieben**
- **Gemeinsame Initiative für einheitliche europaweite Regelungen**
- **Reichhart: Neue Trassen müssen auch Mehrwert für Nahverkehr im Bayerischen und Tiroler Inntal haben**

Auf der Präsidentenkonferenz der Aktionsgemeinschaft Brennerbahn (AGB) in München saßen unter Vorsitz des Bayerischen Verkehrsministers Hans Reichhart erstmals seit langem die Spitzenpolitiker der fünf Länder entlang der Brennerachse wieder alle gemeinsam an einem Tisch, um sich über die Zusammenarbeit auszutauschen. Auf Initiative von Reichhart wurde vereinbart, gemeinsam ein Schreiben an die EU zu richten mit dem Ziel, eine einheitliche Regelung im Korridor für die Verlagerung von der Straße auf die Schiene zu erreichen und Möglichkeiten der Finanzierung kleinerer, den Ausbau begleitender Projekte zu prüfen: „Wir wollen eine nachhaltige Verkehrsentlastung im Inntal und mehr Güter auf die Schiene verlagern. Neben der Trassendiskussion muss es aber auch für die Region im Inntal einen deutlichen Mehrwert im Schienenpersonennahverkehr geben. Gemeinsam mit Tirol wollen wir parallel zur Verlagerung des Güterverkehrs den grenzüberschreitenden Nahverkehr ausbauen“, so Reichhart.

AGB-Präsident Reichhart betonte in der Präsidentenkonferenz die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Länder und Handelskammern entlang der Brennerachse. Er berichtete über die Tätigkeiten der Bayerischen Präsidentschaft. Im Rahmen des Vorsitzes hat Bayern eine Reihe von Zielen mit dem Fokus der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene weiter vorangetrieben. Beispielsweise werden bei öffentlichen Veranstaltungen, den sogenannten AGB-Brennerforen, neue Möglichkeiten, Konzepte und Technologien für den Umstieg von der Straße auf die Schiene aufgezeigt. Die Veranstaltungen sollen gleichzeitig sicherstellen, dass im Interesse der Menschen im Freistaat und vor allem der Anrainer des Korridors möglichst transparent agiert wird.

IHK-Vizepräsident Georg Dettendorfer hielt in seinem Statement fest, dass die IHK bei ihrer Forderung nach einer zweigleisigen Neubaustrecke im Inntal die verkehrs- und volkswirtschaftlichen Vor- und Nachteile im Rahmen ihrer Gesamtinteressenvertretung sorgfältig abwägen muss. Dazu gehören auch Aspekte der gesellschaftlichen Akzeptanz und Nachhaltigkeit im Inntal.

Der Bau der neuen Brennerbahn und die bestmögliche Verbesserung der Situation auf der Bestandsstrecke zwischen München und Verona sind die Ziele, für die sich die Aktionsgemeinschaft Brennerbahn (AGB) einsetzt. Mitglieder der AGB sind die fünf Länder und Handelskammern zwischen Bayern und Verona, den Vorsitz führen noch bis Ende 2020 der Freistaat Bayern und die IHK für München und Oberbayern.

Im Foto v.l.n.r.:

Heinrich Tschigg (Sekretär AGB),

Michl Ebner (Präsident Handelskammer Bozen),

Mario Tonina (Raumordnungs- und Umweltlandesrat Trient),

Georg Dettendorfer (Vizepräsident IHK München und Oberbayern),

Manuel Scalzotto (Landeshauptmann Verona),

Ingrid Felipe (LHStv.in Tirol),

Hans Reichhart (Bayerischer Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr),

Daniel Alfreider (LHStv. Südtirol),

Martin Gradnitzer (BBT SE),

Matthias Neumair (DB Netz AG),

Gilberto Cardola (BBT SE),

Martin Ausserdorfer (BBT-Beobachtungsstelle),

Giuseppe Romeo (RFI AG)

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

